

Ihr Bundestagsdirektkandidat von **Bündnis 90/Die Grünen am 18.09.2005 :** **Ralf Borgers**

Liebe Wählerinnen und Wähler,

am 18. September haben Sie die Wahl. Sorgen Sie mit Ihrer Stimme dafür das Joschka Fischer Außenminister bleibt und verhindern Sie, dass künftig schwarzer Rückschritt oder gelbe Rücksichtslosigkeit unser Land regiert. Grün kämpft dafür, dass Erneuerung statt großkoalitionärer Stillstand unser Land prägt. Und verschenken Sie ihre Stimme nicht an die Linkspartei/PDS. Damit bringen Sie nur Merkel und Westerwelle nach vorne!

Bündnis 90/Die Grünen kämpft für Gerechtigkeit statt neoliberaler Ellbogenpolitik. Wir stehen für Ökologie und soziale Gerechtigkeit!

Ich bitte Sie um Ihre Stimme!

Ihr Ralf Borgers

Ralf Borgers kandidiert nach 2002 nun schon das zweite Mal im Wahlkreis 127 (Borken II) für Bündnis 90/Die Grünen. Somit garantieren wir Grünen auch in dieser Hinsicht Kontinuität!

Er ist am 02.11.1964 in Rhede geboren und arbeitet in Bocholt als Industriemechaniker.

Wenn Sie Fragen an Ihren Kandidaten haben, können Sie unter ralf.borgers@web.de mit ihm Kontakt aufnehmen.

Weitere Wahlaussagen von Bündnis 90/Die Grünen finden sie im Inneren dieser Zeitung. Das komplette Wahlprogramm können Sie bei uns anfordern oder unter: http://www.gruenes-wahlkampfportal.de/unser_programm.7.0.html lesen. Dort können Sie das Programm auch als PDF-Datei herunterladen.



Nun ist die CDU und FDP schon seit einiger Zeit an der NRW-Landesregierung.

Folgendes ist mir seitdem aufgefallen:

Der Schulkindergarten sollte wieder eingeführt werden. **Ergebnis:**

In diesem Schuljahr gibt es keine Eingangsstufe und kein Schulkindergarten.

Das Wahlversprechen lautete: 4.000 neue Lehrer sollten zusätzlich eingestellt werden. Ergebnis:

Es werden in diesem Jahr lt. Regierung höchstens **1.000 neue Lehrer** eingestellt. Dieses Ziel wird wohl erreicht werden, aber wie viel neue Stellen sind das wirklich? Wie viel Stellen mussten nicht sowieso neu besetzt werden? Diese Fragen sind bisher nicht beantwortet. Die Regierung will Berufsfremde, das heißt Landesbeamte aus anderen Bereichen „umschichten“, die Qualifizierung bleibt dabei scheinbar unerheblich?!

Der Schutz der Tiere ist der CDU/FDP nicht so wichtig, unter dem Motto übertriebener Tierschutz sollen Gesetze „entschärft“ werden. **Ergebnis:**

Verantwortungsbewusste Landwirte werden für eine artgerechte Tierhaltung praktisch bestraft.

Das Verbandsklagerecht soll zurückgenommen werden, das heißt: Verbände und Vereinigungen können nicht mehr gegen Gesetzesverstöße klagen. Einzelne Privatpersonen sind natürlich nicht unbedingt in der Lage die finanziellen Risiken einer Klage zu tragen.

Alternative Energien sollen nicht gefördert werden. **Ergebnis:**

Monopolanbieter wie Öl- und Gaslieferanten sowie die Stromerzeugung unter anderem auch aus Atomenergie können die Preise noch mehr diktieren und Heizen sowie Auto fahren werden zum Luxusgut? **Arbeitsplätze und unsere Gesundheit werden gefährdet, anstatt diese zu sichern!** In dieser Weise kann man noch viele Beispiele finden. Seien Sie aufmerksam und fragen Sie wem nutzen diese Entscheidungen. Der Bürger bleibt dabei nämlich auf der Strecke. **Wer kann denn Aktien kaufen, um damit sein Geld zu verdienen?** Ich kann das nicht und Sie?

Susanne Rickers

Warum am 18. September GRÜN wählen?

Es gibt viele Gründe, warum wir der Meinung sind, dass sie am 18. September „Bündnis 90/Die Grünen“ wählen sollten. Wir möchten ihnen hier einige dieser Gründe im Vergleich zu anderen Parteien darlegen.

Was die Grünen wollen!

Neue Ideen für neue Jobs!

Die **Lohnnebenkosten** für Menschen mit niedrigen Einkommen spürbar senken. Wenn z. B. die ersten 250 € die jeder verdient, sozialversicherungsfrei wären, würden laut Studie des Max-Planck-Instituts kurzfristig 280 000 Arbeitsplätze entstehen.

Investitionen in Bildung und Forschung weiter erhöhen. Im Bereich hoch qualifizierter Dienstleistungen können laut Studien bis 2020 zwei Millionen neue Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden!

Innovation fördern bei erneuerbaren Energien und zur Einsparung von Öl und Material. Dadurch lassen sich bis zu 750 000 neue Arbeitsplätze schaffen!

Hartz IV

Einheitliche Regelsätze bundesweit. Eine Erhöhung des anrechnungsfreien **Partnereinkommens** ermöglicht Hilfe ohne Belastung der Partnerschaft.

Wir wollen das **Altersvorsorgevermögen umfassender schützen.**

Wir setzen uns für **branchenspezifische Mindestlöhne** ein und geben damit **echten Integrationsjobs** mit nachhaltiger Förderung in Erwerbsarbeit den Vorrang vor Eineurozusatzjobs!

Was sagen die Anderen?

Die **Union** will die Reform der Handwerksordnung zurückdrehen, obwohl dadurch in diesem Bereich innerhalb kurzer Zeit **40 000 neue Arbeitsplätze** entstanden sind. Eine Senkung der Lohnnebenkosten soll durch eine **Erhöhung der Mehrwertsteuer** finanziert werden, was wieder mal nur die **Geringverdiener** wirklich belastet. Die **FDP** will arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zusammenstreichen, was Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden zur Folge hätte! Die **SPD** will keine weiteren Strukturreformen am Arbeitsmarkt!



Erst durch die **Union** und die **FDP** wurde die **Hartz IV** Gesetzgebung im Vermittlungsausschuss zu dem, was daraus geworden ist: **unsozial und ungerecht!** Und das, was sie weiter daraus machen wollen, gibt keine Hoffnungen für die ALG II-Empfänger!



Bürgerversicherung

Die **Bürgerversicherung** macht die **Finanzierung des Gesundheitswesens** stabiler. **Jede(r)** zahlt in die Versicherung. Alle Einkommensarten werden einbezogen also auch **Vermögenseinkünfte, Gewinne und Mieteinkünfte!** Dadurch können die Beitragssätze gesenkt werden und somit die Einkommen erhöht und die Lohnkosten gesenkt werden.

Der **Wettbewerb zwischen den Krankenkassen** erhöht sich, da die unsinnige und ungerechte Trennung von gesetzlicher und privater Krankenkasse aufgehoben wird.

Frauenpolitik

Wir wollen **gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit**. Ein **Gleichstellungsgesetz** für die **Privatwirtschaft** muss her!

Firmen, die die Gleichstellung fördern, sollen bei **öffentlichen Aufträgen** bevorzugt werden.

Das **Antidiskriminierungsgesetz** muss kommen!

Die öffentliche **Kinderbetreuung** (siehe auch nächsten Abschnitt) muss ausgebaut werden. Auch die **Väter** müssen in diesem Bereich mehr eingebunden werden.

60 % der Grünen Bundestagsabgeordneten sind **Frauen!** Wir sind die einzige Partei, die **eigenständige Frauenpolitik** in **allen Bereichen** ernst nehmen!

Kinderbetreuung

Angebot und Qualität der Kinderbetreuung (Kita, Tagesmütter, Schülerbetreuung) müssen weiter ausgebaut werden. Es muss ein **Rechtsanspruch** auch für unter Dreijährige auf einen Betreuungsplatz her!

Eine gute und umfassende **Kinderbetreuung** ist die Grundvoraussetzung, um **Familie und Beruf zu vereinbaren!**

Atomausstieg

Mit **Rot/Grün** wurde endlich der Weg aus der unsicheren und gefährlichen Atomenergie begonnen!

Dieser Weg muss weitergehen! Wir wollen unseren Enkeln und Urenkeln keine **strahlende Zukunft** hinterlassen!

Die **regenerativen Energien** sind die Zukunft! In diesem Bereich wurden **130 000** neue **Arbeitsplätze** geschaffen und es können bis 2020 weitere **400 000** werden!

Das **Öl** wird immer knapper und dadurch teurer! Wer unsere Zukunft auf das Öl setzt, fördert nur die Gewinne der **Ölmulti's!**

Die **CDU/CSU** will im Gesundheitswesen **keine Solidarität!** Die **Kopfpauschale** ist **unsolidarisch** und **ungerecht!**

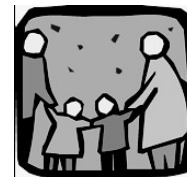
Die **FDP** will sogar die **Abschaffung** der **gesetzlichen Krankenkassen** und damit die **Unbezahlbarkeit von Gesundheit für Geringverdiener!**



Bei **Union** und **FDP** sieht man schon anhand der Listen und Kandidaten (Innen?) was zu erwarten ist! Schon in der Vergangenheit war die Haltung z. B. beim **Antidiskriminierungsgesetz** bezeichnend für die Frauenpolitik der **Union** und der **FDP!** Angekündigt sind außerdem die **Rücknahme des Prostitutions- und Teilzeitgesetzes!** Im **Wahlprogramm der Union** sind Frauen nur dreimal erwähnt!



Alle Aussagen von **Union** und **FDP** zielen auf die Parole: **Mütter heim an den Herd** und **entlasten** nur die **Besserverdiener!** (Kinderfreibetrag)



Union und **FDP** sagen: Langere Laufzeiten und meinen: Wiedereinstieg und neue AKW!

Billige Atomenergie? Eine Falschaussage! Die deutsche Atomwirtschaft wird nach Schätzung von Experten mit **100 Milliarden €** subventioniert! Dabei sind externe Kosten wie Endlagerung u. ä. noch nicht mitgerechnet!



Baugebiet Burloerstraße West

Alles im grünen Bereich.....

Da wird das Baugebiet Burloer Straße West schnellstmöglich entwickelt, riesige Berge von Mutterboden etc. werden verschoben ohne Rücksichtnahme auf Betroffene. Da wird ein Radfernwanderweg durch diese Baumaßnahmen einfach gesperrt, sodass zahlreiche Radwanderer düpiert sind, ob der plötzlichen Sperrung des Weges und fragen verdutzt und verärgert nach der Umleitung, die nicht ausgeschildert war. Da fahren sich Autos fest während der Sperrung der Burloer Straße anlässlich des Schützenfestes, wo die Mühlenstraße gesperrt war und die irrtümliche Annahme bestand, dass man ja der ausgeschilderten Umleitung folgen müsse.... Da werden Privatstraßen durch die schweren Baufahrzeuge geschädigt, ohne auch nur ansatzweise vorher mit den Eigentümern zu sprechen. Abgesehen davon hat sich bis heute noch kein Gemeindemitarbeiter bei den jetzigen betroffenen Anwohnern blicken lassen, um mit denen die Situation zu erörtern, das gilt insbesondere für Notfälle, wie Feuerwehr- und Krankentransporte. Da wird ein ehemals geschlossenes Päckchen für den Anliegerverkehr geöffnet und zur Umleitung für die Anlieger umfunktioniert usw. usw.. Auf Anfrage eines Ratsmitgliedes in der letzten Ratsitzung wurde diesem mitgeteilt, dass alles mit dem Baugebiet o.k. laufe. Der stellvertretende Bürgermeister gibt bekannt, dass ihm nichts dergleichen im Zusammenhang mit dem Baugebiet bekannt sei. Dabei gibt es seit längerem auch noch massive Auseinandersetzungen zwischen der Gemeinde und Betroffenen bzw. der sie vertretenden Anwälte. Doch es ist ja alles im grünen Bereich..... frei nach Gutsherrenart....

Josef Schleif



Verkehrsschau

Zur Verkehrsschau 2005 hatten wir folgende Punkte beantragt:

1. Verkehrsberuhigung des Grenzweges durch LKW-Verbot
2. Verkehrsberuhigung des Pappeldyks, hier Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h
3. Abbau der Leitpfähle an der Straße Richtung Gabelpunkt und Herstellung des alten Zustandes
4. Errichtung eines Zebrastreifens an der Bahnhofstraße in Höhe der Einmündung der Lohnerstraße

5. Ampelerrichtung an der Kreuzung Panofen/Fürst-zu-Salm-Horstmar-Straße mit der Winterswijker Straße
6. Absenkung der Bordsteine im Gebiet der Eschloher Straße und der angrenzenden Wohngebiete
7. Weiterführung des Fußgängerüberweges an der Ampelkreuzung Burloer Str. – Vredener Str. mit der Jacobistraße

Die Verkehrsschau und hier in erster Linie die CDU hat alle Punkte, bis auf den Punkt 7. abgeschmettert. Dabei stellt sich heraus, dass die Vertreter teilweise nicht einmal im Bilde über die Örtlichkeiten war. So ist es zu verstehen, dass der Fußgängerüberweg an der Bahnhofstraße abgelehnt wurde. Dort kommt häufig zu Querungen mit Kindern, die die Schnelligkeit des Verkehrs auf der Bahnhofstraße unterschätzen. Darüber hinaus haben auch Erwachsene ihre Probleme mit dieser Querung. Dort kann man immer wieder beobachten, selbst wenn man diese Straße sehr schnell überquert, dass es zu Beinahe-Crash's kommt, da dort die Einsehbarkeit in Richtung Ortsausgang nicht ausreichend ist.

Der geforderte Überweg wurde damit abgewiesen, dass die Einmündung zum dortigen Parkplatz direkt betroffen wäre. Unser Argument, diese Einmündung doch minimal zu verlegen, wurde mit zu hohen Kosten abgewiesen.

Auch die Geschwindigkeitsbeschränkung auf dem Pappeldyk wurde mit zu wenig Verkehr abgewiesen. Dabei ist jedes Auto, dass dort zu schnell fährt, eines zu viel. Dort wieg besonders schwer, dass Fahrradfahrer dort teilweise nicht einmal dem Autoverkehr ausweichen kann, will man nicht im Graben ausweichen.

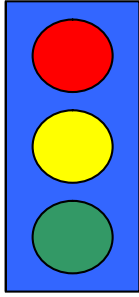
Auch die am Grenzweg geforderte Sperrung für LKW wurde einfach abgeschmettert mit dem Hinweis darauf, dass man damit auch Anlieger aussperren würde. Das ist – gelinde gesagt ein Witz – kann man es doch so regeln, dass Anliegerverkehr für LKW erlaubt ist bzw. den LKW's die Durchfahrt dort verbietet.

Zur Absenkung der Bordsteine im Einmündungsbereich der dortigen Straßen wurde seitens der CDU auf die anstehende Sanierung dieser Straße durch den Kreis hingewiesen. Da kann man nur den Kopf schütteln, sind beim Kreis für die nächsten 6 Jahre keine Mittel vorgesehen. Auch hier ist die Frage erlaubt, welcher Zusammenhang hier besteht, kann man diese Bordsteinabsenkungen völlig unabhängig von einer Straßendeckenerneuerung vornehmen.

Zur Ampelanlage an der Kreuzung Panofen-Fürst-zu-Salm-Horstmar-Str. mit der Winterswijker Str. nur soviel: Es ist völlig unverständlich, dass hier nicht genügend Verkehr herrschen soll, aber für den Bau einer millionenschweren Umgehung ist



genügend Verkehr vorhanden???? Das verstehe wer will!!! Wir bleiben am Ball!!!



Josef Schleif

In der Kommunalwahl versprochen, im

Haushalt beantragt, von der CDU abgelehnt!

Im Jahr der Kommunalwahl haben wir Bündnisgrünen den Spielplatz „An de Baeke“ in unser Wahlprogramm aufgenommen, da wir der Ansicht waren das dieser Platz keinem Kind mehr zugemutet werden kann. Deshalb haben wir im Rahmen der Haushaltsberatung 2005 eine Erhöhung des Haushaltsansatzes um 6 000 auf 10 000 Euro für diesen Spielplatz beantragt. Mit diesem Geld hätte die Gemeinde einen sehr schönen Kreativspielplatz für Kinder im Bereich Burloer Str. Ost entwerfen und bauen können. Leider war die Mehrheitsfraktion von der CDU dagegen und war wohl der Meinung, dass ein 08/15 Spielplatz für die Kinder ausreichen würde.

Wir finden es schon schade: Auf der einen Seite wird von der CDU mehr Motorik und Kreativität in Kindergärten gefordert und auf der anderen Seite, werden läppische 6000,- Euro mehr für einen Spielplatz abgelehnt. Nun müssen sich die Kinder mit den alten Geräten vom Spielplatz „An de Baeke“ abfinden und alles läuft wieder nach „Schema F“, Treppe hoch, Rutschen, Treppe hoch, Rutschen, das dann 20-mal und das nächste Gerät, die Wippe oder Schaukel – nach dem gleichen Schema.

Maik van de Sand

Sicher über die Bahnhofstraße?

Der Wunsch vieler Mitbürger nach einer Querungshilfe an der Bahnhofstraße im Bereich des Edeka-Marktes ist verständlich.

Auf der einen Seite Kindergarten und Einkaufsmöglichkeiten in erreichbarer Fußwegnähe, auf der anderen Seite ein Wohngebiet mit vielen größeren, kleinen und gehbehinderten Menschen.

Um über die Bahnhofstraße zu gelangen, ist oft ein Sprint nötig, da dort 50 km/h erlaubt ist und die Situation durch die Kurve nicht sehr übersichtlich gestaltet ist.

Bei der Verkehrsschau wurde nur lapidar angemerkt: „**Eine Querungshilfe an einer Einfahrt ist nicht möglich (wurde auch nicht gefordert) und diese Hilfe würde auch nicht angenommen werden.**“

Der Überweg an der Einfahrt wurde so auch nicht gefordert, sondern ganz einfach überhaupt

eine Querungshilfe! Man könnte ja auch die Einfahrt verlegen und dadurch die schwierige Situation auch für die Autofahrer einfacher gestalten. So würde ein Überweg sogar an dieser Stelle möglich sein. Vielleicht wollte man ganz einfach nicht?

Ich glaube, dass der genaue Termin für diese „Show“ wohl weißlich nicht bekannt gegeben wurde, denn dann wären wohl viele Bürger dort erschienen und hätten ihre Meinung vertreten können. So ist der Wunsch nach dem Fußgängerüberweg wieder einmal, zulasten unserer schwächsten Verkehrsteilnehmer (Kinder und älterer Mitbürger) aus parteipolitischen Kalkül abgelehnt worden.

Wir werden am Ball bleiben und versuchen den Überweg trotzdem durchzusetzen, damit alle Bürger möglichst unfallfrei die Straße überqueren können.

Susanne Rickers



Sitzt man im Rathaus bald im Kalten?

Kaltes Rathaus?

Diese Anlagenerneuerung musste nun Hals über Kopf beschlossen werden, da man Gefahr lief, dass die defekte Anlage für kalte Zeiten im Winter gesorgt hätte. Bei dem ohnehin kalten Klima im Rathaus war besondere Eile geboten.....

Zurück zur Realität: Wir hatten bereits in den Vorjahren mehrmals eine Erneuerung der Anlage mit gleichzeitiger Wärmedämmung des Rathauses gefordert. Begründet haben wir das mit einer selbst tragenden Finanzierung, da dieses Gebäude so wärmedurchlässig ist und die Anlagentechnik so veraltet ist, dass dort Einsparungen bei mindestens der Hälfte der Heizungskosten zu erwarten sei. Auch sei damit eine deutliche Verbesserung der umweltschädlichen Abgasmengen zu erwarten. Auch sei eine deutliche, strukturelle Verbesserung des Verwaltungshaushaltes zu erwarten. Unsere Anträge wurden von der CDU mit dem Hinweis abgeschmettert, wir könnten nicht rechnen und es seien alles Fantastereien.

Wie sich heute zeigt, könnten wir diese dummen Argumente nun zurückgeben, was wir allerdings im Sinne der Sache nicht tun werden.

Tatsache ist allerdings, dass die vom Gutachter prognostizierte Energieeinsparung bei deutlich mehr als 60% liegen wird, wird die Heizungsanlage



erneuert und dringend notwendige Wärmedämmung am Rathausgebäude vorgenommen.

Tatsache ist allerdings auch, dass die Verwaltung einen Gutachter eingeschaltet hat, ohne dies durch den Rat entscheiden zu lassen. (!) Es liegt hier die Vermutung nahe, dass man hier jemanden genommen hat, der das Thema „Einsatz alternative Energien“ nicht unbedingt auf seine Fahnen geheftet hat(te).

Nicht anders ist es zu erklären, dass man sich mit dem Thema Holzpellets und Sonnenenergie nicht intensiv beschäftigen wollte. Gerade Holzpellets sind preislich unabhängig vom Ölpreis und sind in der Versorgungssicherheit sicherlich besser als Gas zu bewerten ist. Auch die heimischen Forstwirte hätten davon profitiert.

Die nun vom Rat beschlossene Anschaffung einer Gas-Brennwertheizung ist – im Vergleich zu der bisherigen Anlage – bereits ein Fortschritt.

Tatsache ist allerdings auch, dass die Gemeinde damit weiterhin von der Öl- und damit auch Gaspreisentwicklung abhängig ist. Die Entwicklung gerade in der jüngsten Zeit zeigt alles andere als Sicherheit in Sachen Versorgung an sich und Preis.

Josef Schleif

Kontakt:

Südlohn: Rickers, Lohner Str. 71

Tel.: 02862/97097

Oeding: van de Sand, Mühlenweg 4

Tel.: 02862/580065

Ratsherr: Josef Schleif, Hinterm Busch 18 Tel.: 02862/6519

Was Neues/ Altes zum Thema BÜRGERBUS!

Was wirklich passiert ist!

Private Personen aus der Gemeinde

Mitte 2004

Es wurde absehbar, dass der Taxibus nicht mehr vom Kreis finanziert wird. Darum sammeln zwei Privatpersonen Informationen zum Thema BÜRGERBUS!

Oktober 2004

Vertreter des Bürgerbusvereines Rhede sind zum Informationsaustausch in Oeding zu Gast.

Was die Gemeinde getan hat

Januar 2005

Im Rahmen der Haushaltsberatung regte die CDU an, zu prüfen, ob ein Bürgerbus nicht einen Teil der Schüler- und Kindergartenfahrten übernehmen könnte.

Private Personen aus der Gemeinde

5.3.2005

Besuch der Privatpersonen auf dem Bürgerbus-treffen zum 20 jährigen Jubiläum des dortigen Bürgerbusvereines. (Es war übrigens kein Vertreter der Gemeindeverwaltung dort!)

April 2005

Entschluss zu konkreten Schritten: Kontaktaufnahme mit der Dachorganisation „Pro Bürgerbus NRW“ und Nachbarvereinen in Rhede, Ahaus und Vreden. Terminierung einer Infoveranstaltung.

Anfang Mai 2005

Einladungen an Vereine, Verbände, Parteien, RVM, Kreis und Gemeindeverwaltung zur Infoveranstaltung am 20.05.2005 in der Reithalle werden versandt und Pressemitteilungen herausgegeben, um eine möglichst breite Öffentlichkeit und Teilnahme zu erreichen.

Was die Gemeinde getan hat

Mai 2005

Plötzlich (die Einladungen der Privatpersonen waren schon bei den Empfängern) kommt in der Ratssitzung ohne Ankündigung ein „Sachstandsbericht“ des Bürgermeisters zum Thema „Bürgerbus“. Im Rahmen der Aussprache kommt es zu diffamierenden Aussagen von Ratsmitgliedern der Mehrheitspartei gegenüber den Privatpersonen.

Eine Einladung zu einer Versammlung am 18.5.2005 ins Haus Wilmers von der Gemeinde an dieselben Adressaten wie die Einladung der Privatpersonen geht heraus.

Private Personen aus der Gemeinde

12. Mai 2005

Die Privatpersonen sagen ihre Veranstaltung zugunsten eines Gelingen des Bürgerbusprojektes für Südlohn und Oeding ab. Die Gemeinde hat von sich aus zu keinem Zeitpunkt versucht, mit diesen beiden Privatpersonen auf einen Nenner zu kommen, obwohl das Angebot zu einer Zusammenarbeit von deren Seite gemacht wurde!

Was die Gemeinde getan hat

Im Juni gründet sich heimlich still und leise der Bürgerbusverein ohne Beteiligung der Öffentlichkeit.

Resümee: Wir Grünen sind für mehr Beteiligung der Öffentlichkeit und der BürgerInnen. In diesem Fall ist eine breite Unterstützung der BürgerInnen zum Gelingen des Projektes zwingend notwendig. Wie in den letzten Tagen zu lesen, scheint es ja weiterzugehen. Trotzdem wäre eine offenere Politik von Anfang an besser gewesen.

Franz-Josef Rickers

Weitere Informationen unter:

www.gruene-suedlohn.de

Email:

info@gruene-suedlohn.de

**Zeitung Bündnis 90/Die Grünen Südlohn und
Oeding**

V. i. S. d. P.: Franz – Josef Rickers, Lohner Str. 71, 46354
Südlohn **Druck:** Eigendruck